

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 15.04.2010 um 18.25 Uhr  
im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May  
Stadträtin Richter  
Stadtrat E. Müller (für Stadtrat Schmidt) bis 19.10 Uhr, Ziffer 3

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadträtin Schwab (bis 19.35 Uhr, Ziffer 3 A) anschl. Stadtrat Rank

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp  
Stadträtin Wachter (für Bgmin. Regan)

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof (ohne Ziffer 7)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger  
Bauamtsleiter Janner  
Inspektor Borawski

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Frau Schlötter  
Herr Pfrenzinger  
Stadtrat Popp  
Stadträtin Glos

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Schmidt  
Bürgermeisterin Regan

## Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

### 1. 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Bestattungseinrichtungen der Stadt Kitzingen (Friedhofs- und Bestattungssatzung)

Oberrechtsrätin Schmöger geht ausführlich auf den Sachverhalt und den Grund der Änderungssatzung ein (Abschaffung Auswärtigengebühr, Inbetriebnahme Urnenstele Alter Friedhof, redaktionelle Änderungen aufgrund Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie).

Stadträtin Dr. Endres-Paul fragt nach, ob Bestattungen an Samstagen vorgesehen sind, ob mit der Änderung auch die Gebühren steigen und wie die Friedwiese ausgelastet ist. Inspektor Borawski erklärt, dass Bestattungen an Samstagen mangels Nachfrage nicht vorgesehen sind, in der Friedwiese bereits 8 Plätze vergeben seien und die Nachfrage hierzu hoch sei. Hinsichtlich der Gebühren weist er darauf hin, dass diese nicht erhöht werden, lediglich die Nutzung der Urnenstele wurde in die Gebührensatzung mit aufgenommen.

Stadträtin Wallrapp regt an, auch für die Friedwiese sowie für die Urnenstele ein Reservierungsrecht einzuräumen. Gleiches sollte für offenen Gräber gelten, in den Urnenbestattungen vorgenommen werden können.

Inspektor Borawski antwortet, dass offene Gräber für Urnenbestattungen bereits reserviert werden können. Für die Friedwiese könnte er sich dies ebenfalls vorstellen, da noch ausreichend Kapazitäten vorhanden sind. Bei der Urnenstele lehne er dies ab.

Oberrechtsrätin Schmöger weist darauf hin, dass sie bis zur Stadtratssitzung der Aspekt der Reservierung der Friedwiese noch in die Satzung einarbeiten werde.

Nachdem hiermit Einverständnis bestehe verweist Oberbürgermeister Müller die Beschlussfassung in die Stadtratssitzung am 22.04.2010.

### 2. 14. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Bestattungseinrichtungen der Stadt Kitzingen (Friedhofsgebührensatzung)

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass diese Satzung erst nach der Benutzungssatzung (Ziffer 1 der Niederschrift) beschlossen werden könne und deshalb ebenfalls in die Sitzung des Stadtrates am 22.04.2010 vertagt werde. Dies wird zur Kenntnis genommen.

### 3. Antrag der KIK-Fraktion vom 25.03.2010 auf Durchführung eines "Bürgerhaushalts 2011"

A. Oberbürgermeister Müller verweist eingangs auf die ausführliche Sitzungsvorlage.

2. Bürgermeister Christof geht im Folgenden auf den Antrag der KIK auf Durchführung eines Bürgerhaushaltes ein. Seiner Auffassung nach seien die Haushaltsberatungen, wie sie in Kitzingen durchgeführt werden, mit Blick auf die Demokratie und das Mitspracherecht nicht mehr zeitgemäß. Er weist darauf hin, dass ein Bürgerhaushalt in vielen Fachzeitschriften empfohlen werde und verschiedene Bayerische Kommunen (z. B. Ingoldstadt) eine Umsetzung prüfen bzw. bereits den Bürgerhaushalt eingeführt haben. Er weist darauf hin, dass ein Bürgerhaushalt auch den Stadträten bei ihrer Arbeit helfen könnte und stellt die mögliche Transparenz der städtischen Finanzen dar. Seiner Auffassung nach sollte der Antrag nicht abgelehnt werden, sondern die Verwal-

tung sollte zunächst Erfahrungswerte bei anderen Kommunen, die den Bürgerhaushalt bereits eingeführt haben, abfragen, wonach anschließend eine Entscheidung getroffen werden könne.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht ausführlich auf seine Auffassung hinsichtlich eines Bürgerhaushaltes ein und verweist auf ein Berthelsmanngutachten, wonach von sechs Pilotstädten nur zwei Städte einen Bürgerhaushalt probeweise eingeführt haben und nur noch eine Stadt den Bürgerhaushalt durchführt. Zu Ingolstadt stellt er dar, dass diese keinen Bürgerhaushalt im eigentlichen Sinn haben, sondern den Bürgern zur freien Verfügung 1,0 Mio. € im Haushalt bereitgestellt werden. Hinsichtlich der Transparenz verweist er auf die stets öffentlichen Haushaltsberatungen sowie die ausführliche Berichterstattung in der Presse, die alle Haushaltsunterlagen übermittelt bekommen. Darüber hinaus verweist er auf die öffentliche Auslegung des Haushaltes nach der Genehmigung, wobei kaum ein Bürger die Chance auf Einsichtnahme wahrnimmt. Abschließend verweist er auf den Arbeitsaufwand – sowohl für die Verwaltung als auch für den Stadtrat – bei keinerlei finanziellem Nutzen für die Stadt. Aus diesem Grund lehne er die Einführung eines Bürgerhaushaltes ab.

Oberbürgermeister Müller verweist hinsichtlich der Mitsprache der Bürger auf den engen Kontakt zwischen Stadträten und Bürgern und im Falle, die Bürger haben einen Wunsch, würde sich dies in einem Antrag der Fraktionen und Gruppen zum Haushalt niederschlagen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich das Für und Wider eines Bürgerhaushaltes. Neben den Gegenstimmen (Zeitaufwand, kein Nutzen, Haushalt bereits öffentlich) wird vermehrt der Wunsch geäußert, zunächst Erfahrungswerte (Für und Wider) von anderen Kommunen einzuholen, bevor der Antrag abgelehnt werde.

Darüber hinaus wird die Bürgerbeteiligung als solches angesprochen, wobei Oberbürgermeister Müller den Vorwurf zurückweist, dass die Gegner des Bürgerhaushaltes auch automatisch Gegner der Bürgerbeteiligung seien.

Aufgrund der Diskussion stellt Stadträtin Dr. Endres-Paul den Antrag auf Schluss der Debatte.

#### **B. Mit 10 : 2 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Dr. Endres-Paul wird stattgegeben.

#### **C. Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung des KIK-Antrages.**

#### **D. Mit 8 : 4 Stimmen**

Der Antrag der KIK-Fraktion auf Einbeziehung der Kitzinger Bürger in die Haushaltsberatungen 2011 über einen „Bürgerhaushalt“ wird abgelehnt.

#### **4. Haushaltsüberschreitung**

Dringlichkeitsentscheidung gem. Art. 37 Abs. 3 GO

#### **Ohne Abstimmung**

Es wird davon Kenntnis genommen, dass für das Rechnungsjahr 2009 eine Haushaltsüberschreitungen bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreibungsbetrag
<u>VwHh:</u>			

5500 7093	Förderung des Sports; Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sportverbände und - vereine sowie deren Einrichtungen	128.800,00 €	40.000,00 €
--------------	---	--------------	-------------

genehmigt wurde.

Die Deckung erfolgte durch Ausgabeneinsparungen bei HSt. 9000 8100 - Gewerbesteuerumlage.

5. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen  
Jahresabschluss 2009

**Ohne Abstimmung**

Von den Abschlussergebnissen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2009 der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen wird Kenntnis genommen:

Verwaltungshaushalt Einnahmen und Ausgaben	38.181,15 €
Vermögenshaushalt Einnahmen und Ausgaben	<u>42.467,28 €</u>
	<u>80.648,43 €</u>
Zuführung zum Vermögenshaushalt	25.901,42 €
Auszahlung an die Caritas zur zweckentsprechenden Verwendung, zusätzlich zu dem bereits gewährten Aufwendungszuschuss in Höhe von 11.843,06 €	<u>500,00 €</u>
Aufstockung des Stiftungsvermögens	<u>25.401,42 €</u>

6. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen:  
Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages an die Stadt Kitzingen

**Mit 12 : 0 Stimmen**

Der Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages ab 2010 (fällig 30.06.) von der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe an die Stadt Kitzingen von bisher 1.500,00 € auf 1.800,00 € wird zugestimmt.

7. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Stadtumbau West":  
Kommunales Förderprogramm  
Umbau und Erneuerung der Fassade im Erdgeschoss, Obere Kirchgasse 21 und 23

**Mit 12 : 0 Stimmen**

Für den Umbau und die Erneuerung der Fassade im Erdgeschoss, Obere Kirchgasse 21 und 23, Bauherr: Georg Wittmann wird ein Zuschuss i. H. v. 5.000 € aus dem Kommunalen Förderprogramm der Stadt Kitzingen gewährt.

8. World Press Photo-Ausstellung 2010 im Jahr 2011 in Kitzingen

**Mit 11 : 0 Stimmen**

Für die World Press Photo-Ausstellung 2010 im Jahr 2011 in Kitzingen werden 17.000 € im Haushalt 2011 bereitgestellt.

9. Klärwerk Kitzingen

Überholung von Gasmotor Nr. 2 – Wartung und Ersatzteile:  
Bekanntgabe der Auftragsvergabe aus nichtöffentlicher Sitzung

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in nichtöffentlicher Sitzung der Auftrag für die Überholung des Gasmotors Nr. 2 in der Kläranlage Kitzingen (Wartung und Ersatzteile) vergeben wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

10. Erneuerung der Prozessleit- und Automatisierungstechnik im gesamten Bereich der städtischen Abwasseranlagen einschl. Klärwerk und Außenstationen;  
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen im Bereich Elektrotechnik

**Mit 12 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen

2. Das Ingenieurbüro für Elektrotechnik W. Pfenning, Ochsenfurt, erhält den Auftrag für die Ingenieurleistungen auf der Grundlage der HOAI 2009 und seines Angebotes vom 14.10.2009. Die Honorarkosten, basierend auf einer vorläufigen Kostenschätzung der zu erwartenden Baukosten in Höhe von 300.000 € netto, betragen 57.256,39 € incl. 19% Mehrwertsteuer.

11. Anfrage von Stadtrat Moser

Sanierung der Laufbahn im Sickergrundstation

Stadtrat Moser fragt nach, ob mit den im Haushalt eingestellten Mittel die komplette Laufbahn erneuert werde, da ihm zu Ohren gekommen sei, dass die Mittel nur für einen Bruchteil ausreichen würden.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass seiner Kenntnis nach, die Mittel für die komplette Laufbahn kalkuliert wurden. Er sagt jedoch eine nochmalige Prüfung zu.

12. Anfragen von Stadträtin Dr. Endres-Paul

- Nutzung der Bahnstrecke Etwashausen – Schweinfurt  
im Rahmen von Natur in Kitzingen

- Förderung der Bundesregierung zur Beseitigung von Schlaglöchern

Stadträtin Dr. Endres-Paul fragt nach, inwieweit die Regionaleisenbahn Etwashausen-Schweinfurt für touristische Zwecke im Rahmen von Natur in Kitzingen genutzt werden könne.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass sich Herr Parakenings dem angenommen habe und in stetem Kontakt zur Regionaleisenbahn, der Stadt, Natur in Kitzingen sowie der Tourist-Info stehe.

Stadträtin Dr. Endres-Paul fragt darüber hinaus nach dem Förderprojekt der Bundesregierung zur Beseitigung von Schläglöchern und der Möglichkeit, Mittel hierüber zu erhalten.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass dieses Förderprogramm nur für Bundesstraßen gelte.

13. Anfrage von 2. Bürgermeister Christof  
Verzögerung Friedrich-Ebert-Straße

2. Bürgermeister Christof verweist auf die Verzögerung beim Umbau der Friedrich-Ebert-Straße und fragt nach dem Sachstand.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass aufgrund der aufwendigen Massenverschiebung bei der Ausschreibung es zu Verzögerungen gekommen sei, jedoch die Maßnahme weiterhin bis zur Kleinen Gartenschau abgeschlossen werden könne.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.00 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer